

Was eine Impfpflicht rechtfertigen könnte

Welcher Infektionsschutz ist einer freien Gesellschaft angemessen? / *Von Sebastian Vollmer*

In unserer Gesellschaft kann die eigene Freiheit beschränkt werden, wenn sie die Freiheit von anderen berührt. Dieses Prinzip gilt jedoch nicht absolut. Würde es absolut gelten, dürften wir nicht mehr Auto fahren, Fleisch essen oder die Welt bereisen, weil wir damit die Umwelt und die Gesundheit unserer Mitmenschen schädigen. Würde es absolut gelten, dürften wir keine individuellen Risiken mehr eingehen, weil wir im Schadensfall der Solidargemeinschaft zur Last fallen könnten. Würde es absolut gelten, müssten wir die Maskenpflicht und Abstandsregeln bis in alle Ewigkeit aufrechterhalten, weil es auch jenseits von Covid-19 Infektionskrankheiten gibt – teilweise auch solche ohne verfügbare Impfung –, die eine gewisse Gefahr für unsere Mitmenschen darstellen.

Das Grundprinzip unserer Gesellschaft ist also nicht, dass die eigene Freiheit dort endet, wo sie die Freiheit von anderen berührt. Das Grundprinzip unserer Gesellschaft ist, dass Interessen gegeneinander abgewogen werden und bestimmte im Grundgesetz definierte Rechte dabei Vorrang vor anderen haben. In der Pandemie verlieren wir dieses Grundprinzip leider zunehmend aus dem Blick.

Einschränkungen zum Infektionsschutz verursachen Schäden. Wir haben diese Schäden als Gesellschaft in Kauf genommen, weil wir davon ausgehen, dass die Schäden durch eine unkontrollierte Ausbreitung von SARS-CoV-2 ungleich größer wären. Es geht hierbei nicht um die viel beschworene Abwägung von Wirtschaftsinteressen und Gesundheitsinteressen. Die Schäden durch den Infektionsschutz sind komplex und treten in vielen verschiedenen Lebensbereichen auf, einschließlich Bildung und Gesundheit, zum Beispiel in Form von Unterrichtsausfällen und psychischen Erkrankungen. Und auch die wirtschaftlichen Schäden werden mittelfristig negative Auswirkungen auf Bildung und Gesundheit haben.

Die Schäden des Infektionsschutzes müssen permanent gegen seinen Nutzen abgewogen werden. Dass wir weder die Schäden noch den Nutzen des Infektionsschutzes präzise quantifizieren können, macht die Abwägung nicht einfacher, und „die Politik“ hat die schwierige Aufgabe, Entscheidungen unter Unsicherheit zu treffen. Es gehört nach meinem Verständnis zu den größten Versäumnissen der Bundesregierung und der Landesregierungen, dass im Verlauf der Pandemie nicht mehr getan wurde, um die Unsicherheit bei Entscheidungen zu reduzieren. Am Anfang der Pandemie hätten wir eine national repräsentative Kohorte benötigt, bei der regelmäßig PCR-Tests durchgeführt und weitere Daten zur körperlichen und seelischen Gesundheit sowie sozioökonomische Informationen erhoben werden. Mit solchen Daten könnten Schäden und Nutzen des Infektionsschutzes recht präzise quantifiziert werden, und eine evidenzbasierte Abwägung von Interessen könnte möglich werden.

Auch wenn wir es nicht sicher wissen, war die Einschätzung zu Beginn der Pandemie vermutlich richtig, dass der Nutzen des Infektionsschutzes die Schäden deutlich übersteigt. Inzwischen ist das nicht mehr so klar. Spätestens wenn alle Menschen, die das wollen, vollständigen Impfschutz haben, fällt die wesentliche Begründung für die Einschränkung von Grundrechten weg. Es können zwar wei-

terhin viele Infektionen auftreten, aber das Vermeiden von Infektionen ist kein Ziel an sich. Das Ziel ist der Schutz der Bevölkerung vor schweren Erkrankungen. Das Risiko einer schweren Erkrankung infolge einer Infektion ist für einen vollständig geimpften Menschen nicht gleich null, aber es ist nach derzeitigem Stand des Wissens nicht mehr größer als andere Lebensrisiken, die wir in einer freien und offenen Gesellschaft akzeptieren müssen. Das Risiko von Kindern, für die es noch keinen Impfstoff gibt, war schon immer sehr gering. Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, benötigen besonderen Schutz.

Solange Transmission unter Geimpften möglich ist, kann aber selbst durch eine Impfpflicht kein vollständiger Schutz erreicht werden. Daher erscheint eine besondere Unterstützung für die Betroffenen angebrachter als dauerhafte Einschränkungen für alle. Wenn diese Gruppen durch Impfung oder individuelle Maßnahmen geschützt sind, gehen Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen, nur noch ein Risiko für sich selbst und andere Menschen ein, die sich auch nicht impfen lassen wollen. In einer freien Gesellschaft gehört es aber nicht zu den Aufgaben des Staates, Bürgerinnen und Bürger bis zur letzten Konsequenz vor sich selbst zu schützen. Wenn man diese Frage zum Verhältnis von Individuum und Staat anders beantwortet, dann wäre es nur konsequent, auch eine gesetzliche Beschränkung des Konsums von Alkohol und Zucker zu fordern.

Als einziges valides Argument für die Fortsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen oder gar für eine Impfpflicht bleibt für mich die Sorge, dass in einer Bevölkerung mit vielen geimpften Personen und vielen Infektionen neue Varianten entstehen können, die sich früher oder später gegen die Impfung durchsetzen werden. Wenn diese Sorge das Handeln leitet, dann ist die Perspektive auf Deutschland oder Europa aber zu eng. Die Pandemie wird erst dann vorbei sein, wenn sie überall vorbei ist. Um die Pandemie zu überwinden, braucht es eine globale Kraftanstrengung. Eine solche Kraftanstrengung wäre allein schon aus humanitären Gründen angebracht. Es ist ungerecht, dass der ärmere Teil der Weltbevölkerung Immunität auf natürlichem Weg mit Menschenleben bezahlt, während dem reicheren Teil der Weltbevölkerung mehr effektive Impfstoffe zur Verfügung stehen, als es impfwillige Menschen gibt.

Sobald alle impfwilligen Menschen vollständigen Impfschutz haben, hat der Staat seinen Auftrag zum Schutz der Bevölkerung erfüllt, und alle Eingriffe in unser Leben müssen ein Ende haben, da ihr Nutzen in keinem vernünftigen Verhältnis mehr zu ihren Schäden steht. Es ist dann an der Zeit, zur Normalität zurückzukehren, nicht zur „neuen Normalität“, sondern zu einer Variante der alten Normalität, in der wir etwas mehr im Einklang mit unseren Mitmenschen und dem Planeten leben. Pandemiebekämpfung findet dann nicht mehr durch Einschränkungen unseres Lebens statt, sondern durch Solidarität mit den Ärmsten der Welt.

Der Autor ist Entwicklungsökonom an der Universität Göttingen und war Adjunct Professor of Global Health an der Harvard University.